

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe vom Juli 2008

Gedanken zum 1. August 2008

Die Schweiz hat sich seit ihrer Gründung 1291 immer als Gegenpol zu dem in Europa stark verwurzelten staatsgläubigen und zentralistischen Denken verstanden. Gedenken wir an diesem 1. August 2008 wieder einmal der Wichtigkeit unserer direkten Demokratie und kämpfen wir für deren Erhalt!

In der Schweiz ist der Bürger der Souverän und damit ist der Staat von „unten“ nach „oben“ organisiert. Gerade wegen dieses Gegenkonzepts wird die Schweiz zu Recht als Wiege der Demokratie angesehen. Ein Schweizer kann in einem einzigen Jahr mehr abstimmen und wählen, als beispielsweise ein Engländer in seinem ganzen Leben. In der Schweiz wurden seit Einführung des Bundesstaates 1848 mehr Abstimmungen und Wahlen durchgeführt, als in allen Ländern unserer Welt zusammen. Nun sind diese Mitbestimmungsrechte jedoch immer grösseren Gefahren ausgesetzt. Regierungen, Parlamentarier oder bestimmte Interessengruppen neigen dazu, die Korrektur- und Kontrollmöglichkeiten des Volkes als lästiges Hindernis zu betrachten. Die Regierenden spielen sich zunehmend als moralischer Vormund des Stimmvolkes auf. Hier gilt es sich entschieden zur Wehr zu setzen.

Die direkte Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Bürger als mündig und autonom betrachtet werden. Die direkte Demokratie achtet den Menschen, sie glaubt an ihn und traut ihm die gebotene Einsicht in die wichtigsten Fragen zu.

Dass die politischen Eliten in der EU, welche die direkte Demokratie kaum kennen und ihre Machtbeschränkung fürchten, über unsere Staatsform spötteln, ist bekannt. Doch dass sich unser eigenes Parlament immer öfters von diesem Unglauben an die Vernunft ihrer Wähler anstecken lässt, ist unhaltbar. Dieses Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Bürger ist das zentrale Element der direkten Demokratie.

Die SVP glaubt weiterhin an die Vernunft des Volkes und kämpft mit allen Mitteln für den Erhalt der direkten Demokratie. Unterstützen Sie uns dabei!

Ich wünsche Ihnen allen einen patriotischen Nationalfeiertag und hoffe möglichst viele von Ihnen am Auslandschweizerkongress und an der Generalversammlung der SVP International wieder zusehen.

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

DV in Brig: Referendum?

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz diskutierte am 5. Juli in Brig (VS) darüber, ob das Referendum gegen die „Paketvorlage“ zur Personenfreizügigkeit ergriffen werden sollte.

Obschon Einigkeit bezüglich der grundsätzlichen Position herrschte, nämlich die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zu unterstützen, jedoch eine bedingungslose Ausdehnung auf die beiden neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien abzulehnen, gingen die Ideen über den einzuschlagenden Weg auseinander.

Nachdem die **Regierungsparteien SP, CVP und FDP** sich dem inakzeptablen Druck der EU gebeugt und die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen EU-Staaten sowie deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien zu einem **Paket geschnürt** hatten, wird ein Referendum, welches sich nur gegen die Ausdehnung richtet, verunmöglicht. Denn auf eine Schein-Frage, in der zwei völlig verschiedene Aspekte der Personenfreizügigkeit miteinander verknüpft werden, kann an der Urne keine richtige Antwort mehr gegeben werden. Der Stimmbürger, der zur einen Vorlage Nein und zur anderen Vorlage Ja sagen will, kann nicht mehr abstimmen. Sagt er Ja, so heisst er eine Vorlage gut, die er ablehnen möchte, und sagt er Nein, so verwirft er eine Vorlage, die er bejahen will. **Mit diesem undemokratischen Taschenspielertrick hebt die Parlamentsmehrheit die direkte Demokratie aus und entmündigt das Volk.**

Auch der **Bundesrat beteiligt sich an diesem Trauerspiel** indem er den Abstimmungstermin zum allfälligen Referendum auf Februar 2009 (anstatt November 2008) festsetzt. Damit sorgt er dafür, dass mit der Ablehnung der gekoppelten Vorlage die Weiterführung der Personenfreizügigkeit praktisch verunmöglicht würde. Würde nämlich im kommenden Frühjahr die gesamte Personenfreizügigkeit als Paket vor dem Volk scheitern, so bliebe nicht mehr genügend Zeit, um auf diesen Entscheid zu reagieren und den unbestrittenen Teil der Vorlage – also die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den bisherigen 25 EU-Staaten – bis im Mai 2009 (vertraglich vereinbarte Kündi-

gungsmöglichkeit) erneut zur Abstimmung zu bringen.

Aufgrund dieser Ausgangslage beantragten Parteileitung und Zentralvorstand, auf ein **Schein-Referendum** zu verzichten. Die SVP solle sich nicht auf die demokratiefeindlichen Spielereien der Mitte-Links-Parteien einlassen und deren Vorgehen durch einen pseudo-demokratischen Volksentscheid zu legitimieren helfen. Eine Volksabstimmung bei der nicht jeder Bürger seinen freien Willen kundtun kann, ist eine Farce und daher inakzeptabel.

Dieser Argumentation folgten denn auch die Delegierten, die dem **Antrag der Parteileitung mit 326:166 Stimmen folgten** und damit entschieden auf dieses Referendum, welches in keinem Fall eine freie Willensäusserung ermöglichen würde, zu verzichten. Ausserdem wurde ein Antrag von Nationalrat Joseph Kunz angenommen, der festhält, dass die SVP das undemokratische Freizügigkeitspaket entschieden ablehnt. Die weiteren Anträge der Parteileitung, mit denen man diese Vorgehensweise der Totengräber der Demokratie aus den Mitte-Links-Kreisen anprangert, wurden ebenfalls angenommen. Dies beinhaltet auch die Unterstützung der Volksinitiative „für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatverträge vors Volk)“ der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS.

Nach Abschluss dieser sachpolitischen Geschäfte wurde die **Aufnahme der neuen SVP Graubünden** gefeiert. Die erst kürzlich gegründete Kantonalpartei zählt bereits über 400 Mitglieder und auch einige Orts- sowie Kreisparteien (Davos, Domat-Ems, St. Moritz sowie Kreise Rhäzüns und Bündler Herrschaft) sind, genau wie die Junge SVP Graubünden, schon wieder in die SVP übergetreten. Die neue SVP Graubünden wurde von den Delegierten herzlich begrüsst und Präsident Jon Peider Lemm konnte von Toni Brunner ein kleines Willkommensgeschenk entgegennehmen. Es war ein schöner, symbolischer Aufnahmeakt, nachdem der Zentralvorstand die neue SVP Graubünden am Vortag wieder in die SVP aufgenommen hatte.

Yves Bichsel

Generalsekretär SVP Schweiz
Geschäftsführer SVP International

EU: Die nächsten Milliarden bitte, subito!

Am jüngsten Treffen zwischen einer Eidgenössischen und einer EU-Parlamentarier-Delegation in Strassburg, wurden diverse Themen diskutiert, die aufhorchen liessen. Stellvertretend sollen zwei davon kurz dargestellt werden, denn sie zeigen einmal mehr, wie falsch oder lückenhaft wir doch von unserer Obrigkeit, spricht Bundesrat und noch konkreter von den EU-Turbos BR Calmy-Rey und BR Leuthard, informiert werden.

Kohäsionszahlungen: die nächste Milliarde bitte, und zwar subito

Es sind seit dem knappen Abstimmungsausgang vom 26. November 2006 über die Kohäsionsmilliardenzahlung an die neuen EU-Mitgliedsländer (53,4% Ja) erst 17 Monate her, und schon beklagen sich die EU-Parlamentarier, dass die Gelder zu wenig rasch fliessen. Dabei hat sich die Schweiz in zeitlicher Hinsicht lediglich verpflichtet, bis 2012 diese CHF 1 Milliarde an Projektbeiträgen zu leisten. Zugegeben, das erste Projekt, das die Schweiz bisher finanzierte, entspricht nicht den Vorstellungen, wie sie dem Schweizer Volk präsentiert wurden. Als bisher einziges Projekt wurde im April 2008 mit CHF 190'000 ein Begegnungszentrum in Nikosia (Zypern) unterstützt, das in der Zone zwischen dem griechischen und türkischen Teil aufgebaut werden soll. Diese „Kaffeestube“ ist gewiss kein nachhaltiges Musterprojekt von dem Schweizer Firmen profitieren und das den neuen EU-Mitgliedsländern Know-how zur Selbsthilfe vermittelt wird! Dass man dieses Begegnungszentrum via Presse auch noch als grosses Friedenswerk präsentierte, unterstreicht die Konzeptionslosigkeit und den fahrlässigen Umgang unserer Verwaltung mit Schweizer Steuergeldern.

Nun wird bereits über die nächsten CHF 257 Mio. Kohäsionszahlungen für Rumänien und Bulgarien verhandelt. Was es dabei zu „verhandeln“ gibt, bleibt zwar schleierhaft, denn die EU wird für diese CHF 257 Mio. keine Gegenleistung erbringen. Aber noch bevor dieser Betrag vom Schweizer Parlament abgesegnet ist, fordern die EU-Parlamentarier bereits die nächste Kohäsionsmilliarde: „Es wäre an

der Zeit, dass die Schweiz endlich Verhandlungen über die nächste Milliarde mit der EU aufnehme!“. Im Vergleich zu Norwegen läge die Schweiz im Rückstand. Die Arroganz und die Selbstverständlichkeit, mit der die Brüsseler Beamtendiktatur von der Schweiz weitere Gelder zu erpressen versucht, ist unerträglich. Warum hat uns der Bundesrat verschwiegen, dass die EU sich nicht mit einer Milliarde zufrieden gibt? Es würde nicht verwundern, wenn hinter dem Rücken des Parlamentes bereits wieder informelle Gespräche über solche Zahlungen stattfänden. Zudem werden gemäss den EU-Parlamentsvertretern innerhalb der nächsten 6 Jahre zudem weitere 3 Staaten der EU beitreten und auch hier gibt es offensichtlich für die Schweiz nichts mehr zu diskutieren. Die Personenfreizügigkeit für diese Länder und weitere Kohäsionszahlungen sind praktisch vorgegeben.

Galileo: Mitfinanzierung der EU-Rüstung, subito ?

Uns Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier wurde das Satellitennavigationssystem-Projekt Galileo als Alternative zum amerikanischen GPS präsentiert. Wie verkündete doch das UVEK in seiner Pressemitteilung vom 22. Juni 2005 grossmundig: „Der Bundesrat hat heute den Schweizer Beitrag von CHF 10 Mio. genehmigt. Galileo ist ein gemeinsames Programm der EU und der Europäischen Weltraumorganisation ESA, welches ein ziviles Satellitennavigationssystem neuer Generation entwickelt. Ab 2008 soll es mit 30 Satelliten eine im Vergleich zum nordamerikanischen, militärischen Global Positioning System (GPS) zuverlässigere und präzisere Satellitennavigation gewährleisten. Damit wird der faktischen Abhängigkeit der europäischen Benutzer von GPS ein Ende gesetzt. Darüber hinaus soll Galileo die Verfügbarkeit der Signale und Datenflüsse sowohl in Friedens- als auch in Krisenzeiten sicherstellen.“ Nach dem Besuch in Strassburg ist nun klar, was mit diesen verschlüsselten Andeutungen gemeint war. Aus Sicht der EU-Parlamentsdelegation handelt es sich beim Projekt Galileo in erster Linie um ein Militärprojekt. Die Fertigstellung des Galileo-Projekts wurde inzwischen auf 2013 verschoben und angesichts der Tatsache, dass es infolge technologischer Probleme

anfangs Juli 2008 nochmals ausgeschrieben wurde, muss mit weiteren Verzögerungen und Kostensteigerungen gerechnet werden. Sowohl deutsche Experten als auch EADS-Vertreter sprechen von einer Kostenexplosion von dem bereits auf Euro 3,4 Mrd. angehobenen Budgetbetrag auf Euro 5 bis 10 Mrd. Da zudem die ursprünglich erhoffte Beteiligung Privater mit Euro 1,5 Mrd. nicht realisiert werden konnte, wird die öffentliche Hand und damit auch die Schweiz wesentlich mehr bezahlen müssen. Aber dazu schweigt sich unsere Regierung aus.

Ganz abgesehen davon, dass es sich bei Galileo in erster Linie um ein Militärprojekt handelt, womit eine schweizerische Mitfinanzierung aus neutralitätspolitischer Sicht nicht zu verantworten ist, sprechen auch das Aufkommen von weiteren Konkurrenten (USA: Version GPS III, Russland: Glonass-System, China: Compass) nicht zwangsweise für einen wirtschaftlichen Erfolg. Dennoch vertreten die EU-Parlamentarier die Meinung, die Schweiz müsse sich in Zukunft wesentlich stärker an den EU-Rüstungsausgaben beteiligen. Und erste Helfershelfer haben sie in der Schweizer Administration bereits gefunden. So erklärte Staatssekretär Kleiber (Bildung und Forschung) im Mai 2007, es gäbe für die Schweiz kein Zurück, auch nicht für die angestrebte direkte Schweizer Beteiligung. Würden alleine die für Galileo notwendigen Gelder nach dem in der ESA jeweils angewendeten Schlüssel verteilt, könnte die Beteiligung der Schweiz bereits CHF 120 Mio. betragen. Aber dies ist erst der Anfang. Auch hier muss man sich fragen, ob die Schweiz nicht hinter dem Rücken des Parlamentes und des Volkes still und leise ins europäische Rüstungssystem eingebunden wird.

Immer deutlicher zeigt sich, dass unser Bundesrat in der Aussenpolitik ein eigenes Süppchen kocht und Stolpersteine wie das Bankgeheimnis oder der Schutz unseres einheimischen Agrarmarktes aus dem Weg geräumt werden sollen, um den Weg für einen EU-Beitritt frei zu bahnen. Es ist deshalb dringend nötig, dass diesen Alleingängen der Regierung und der Verwaltung endlich ein Riegel geschoben wird, indem das Volk in Zukunft über Staatsverträge zwingend mitbestimmen kann: „Staatsverträge gehören vors Volk!“, d.h.

sie müssen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

Hans Kaufmann, Nationalrat
Vorstandsmitglied SVP International

Plädoyer für die direkte Demokratie

Angesichts des Abstimmungsausgangs zum Einbürgerungsverfahren zeigt sich einmal mehr die Tendenz dem Staat immer mehr Kompetenzen zu übertragen. Dabei hat das Schweizer Volk mit der direkten Demokratie einzigartige Möglichkeiten die Politik des Landes mitzubestimmen. Um zu sehen wohin eine schleichende Entdemokratisierung führt, müssen wir nur nach Deutschland schauen. Dort finden alle vier Jahre Wahlen statt. Punkt. Die Politik wird an dem Bürger vorbei gemacht und ihm wenig Entscheidungsspielraum gelassen. Natürlich bleibt es jedem frei, sich in einer Partei oder Bürgerinitiative etc. zu engagieren, dennoch fehlt der Politik der kritische Partner Bürger, der das letzte Wort hat. Warum sollte das Volk auch nicht mitentscheiden? Gravierende Gründe können nicht genannt werden. So gibt es mittlerweile verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in Deutschland auf Landesebene, aber wie viel diese Wert sind hat jüngst eine Abstimmung in Berlin gezeigt. Abzustimmen war über die Schließung eines Flughafens. Jedoch äußerten sich Vertreter der Regierung schon vorher, dass sie den Volksentscheid ignorieren würden. Angesichts dieses erschütternden Demokratieverständnisses ist es nicht verwunderlich, dass in Deutschland eine große Politikverdrossenheit herrscht. Ein aktuelleres Beispiel ist die Abstimmung über den Vertrag von Lissabon. Die Iren haben sich dagegen ausgesprochen, und nun üben die großen EU-Mitgliedsstaaten Druck auf die Regierung aus. Wo bleibt hier der Respekt vor dem Volk und der direktdemokratischen Entscheidung? Deshalb sollten sich die Schweizer bei jeder Abstimmung genau überlegen, ob sie weitere Kompetenzen an den Staat übertragen wollen und in einer zweiten Überlegung – was ein EU-Beitritt für die direkte Demokratie bedeuten würde. Der Bürger hat immer noch

den besten Blick auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten. Die Freiheit als Bürger über die Geschicke des Staates mitzubestimmen und nicht nur bei der Wahl ein Kreuz zu machen, ist unersetzbar und muss in jedem Falle erhalten bleiben. So schrieb bereits Hölderlin „*Die rauhe Hülse um den Kern des Lebens und nichts weiter ist der Staat. Er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen.*“ Wie wir den Garten gestalten, sollte uns selbst überlassen bleiben und keinen abstrakten Verwaltungsinstanzen zugesprochen werden.

Marco Duller Trier, Deutschland
Mitglied SVP International

Leserbriefe:

Erinnern wir uns...

Die heutige SVP, (frühere BGB) wurde von Rudolf Minger gegründet. Nur dank seiner dominierenden Persönlichkeit konnte er den Einzug in den Bundesrat erkämpfen und stand damit von 1929-1940 dem Militärdepartement vor.

Der ehemalige CVP-Bundesrat Kurt Furgler (1972-1986), Berufs-Jurist, führte die Un-Sitte ein, alles "neu zu gestalten". Damit hat er mehr Gesetze geschaffen als bisher bestanden hatten! Somit löste er eine Flut aus: Bisher in der Industrie unbrauchbaren Rechtsgelehrten werden weiterhin leckere Pöstchen im eigenen Land zugeschanzt gegen "gerechte Stimmabgabe" und grosszügige Saläre. Bei spürbarem Versagen im eigenen Land werden diese in internationale Organisationen entsorgt. Und dies alles auf Kosten der Steuerzahler. Ein riesiger Beamtenapparat ist herangewachsen, keiner kennt kaum mehr seinen eigenen Vorgesetzten. Die Teilnahme an internationalen Konferenzli ist "in". Um dies dem Bürger zu verschleiern, wird einfach vermehrt "dezentralisiert" regiert.

Unter Ueli Maurer und Christoph Blocher (Bundesrat 2004 – 2007) steigerte sich die SVP zur grössten schweizerischen Partei bei einem Wähleranteil von bisher nie erreichten 29%. Als Wirtschaftsfachmann stutzte Bundesrat Blocher gleich den Be-

amtenapparat in seinem Department um 25%. Die anderen Parteien begannen "zu serbeln" und verloren dadurch noch mehr Wählerstimmen. Beinahe hätte er die Schweiz wieder zu einem demokratischen Staat getrimmt. Mit allen Mitteln versuchten daher sämtliche andere Parteien, Ihren Mitgliederschwund zu stoppen, und dazu... sind diesen eben alle "Winkelzüge" recht...

STOPPEN WIR DEREN UNFUG

Adolf Kurt Leemann

Aktuar SVP International Thailand
<http://svp-international-thailand.de.tl>

Nein zum Agrarfreihandel - Für die Zukunft der Landwirtschaft!

Die Agrarfreihandelsabkommen (auch jenes der WTO), welche Frau Leuthard erzwingen will, machen mir langsam sehr grosse Sorgen! Wiederholt sich die Geschichte schon wieder? Will der Bundesrat schon wieder eine Schweizer Industrie kaputt machen?

Folgende Worte beweisen es: "... Mit dem Bundesratsbeschluss vom 28. März 1958 brachen schwere Zeiten an; die Blütezeit der Schweizer Traktorenhersteller neigte sich nun von Jahr zu Jahr dem Ende entgegen." (Gerold Röthlin, in: Bühner, Eine faszinierende Firmengeschichte) Unter dem Druck der nun übermächtigen ausländische Konkurrenz musste eine Firma nach der andern ihre Produktion einstellen (SLM im Jahr 1953, Koepfli 1964, Alpina Oekonom 1963, Bucher 1963, Vevey 1963, Meili 1965, Buehrer 1978 und schliesslich Huerlimann im Jahr 1983 (bis ins Jahr 1958 galt noch eine Einfuhrkontingentierung für ausländische Traktoren, welche die eigene Industrie schützte ... danach kam das Ende.)

Ich glaube, Frau Leuthard kann nicht rechnen! Ein Bauer verdient heute pro Stunde weniger als eine Parkuhr. Und diese Bundesrätin sagt immer, es sei eine grosse Chance für die Schweizer Landwirtschaft (für sie vielleicht, aber nicht für uns). Würden solche Abkommen doch geschlossen, dann säne der Lebensstandard der Bauern rapid, wie Christoph

Blocher gegenüber dem Tages-Anzeiger am 20. Mai 2006 bereits sagte.

Meiner Meinung nach gilt das für alle Freihandelsabkommen und deshalb sollten auch die WTO-Verhandlungen nicht weitergeführt werden.

Die Bauern sollen entscheiden und das letzte Wort haben über ihre Zukunft und nicht der Bundesrat.

Urs Christen Steinbach, Kanada
SVP International Mitglied

Gegen den Ausverkauf unserer Sozialwerke – Ja zur SVP

Die Taktik, welche die Schweizer Elite zurzeit in Bezug auf die freie Personenfreizügigkeit anwendet, geht in die Hosen. Wir müssen auf den diplomatischen Weg und auf die Vernunft des Schweizerbürgers (betont: Schweizerbürger "Eidgenosse" und nicht „Papierlischweizer“) setzen.

Ich stehe ausserhalb des Kreises, und habe eine andere Perspektive. Bulgaren und Rumänen (= Roma) sind Menschen wie wir, aber mit einer anderen Mentalität, anderen Werten, anderen Ansprüchen.

Mit den Milliardenverlusten im Sozialwesen sollten wir unsere Schweizerbürger ganz ruhig und behutsam darauf hinweisen, dass sie nicht jünger, sondern Tag für Tag älter werden und sicherlich auch noch etwas von ihrer einbezahlten AHV-Rente geniessen wollen. Aber mit dem freien Personenverkehr und den Masseneinbürgerungen, werden ihre Renten von ihrem schwerverdienten Geld in die falsche Richtung fliessen. Dies wird zu einem unausweichlichen Konflikt zwischen den Schweizerbürgern aus dem (noch) Mittelstand und den unteren Schichten gegenüber den Sozialleistungsempfängern aus dem Ausland führen.

Mich nimmt es Wunder, ob die rot-grüne Regierung dem Desaster, welches auf uns zukommen wird, gewachsen ist. Sicherlich nicht. Die Roten, wie die Grünen, sind nämlich unselbständig und wie ein Blatt im Wind. Sie kehren und wenden sich, überall suchend nach unehrlicher und machthungiger Unterstützung.

Die SVP wird immer wieder auf die grösste Art und Weise mit der NS in Verbindung gebracht. Sind die Blind? Greift die SVP die Souveränität oder Neutralität anderer Länder an?

All dies haben unsere Wähler schon lange erkannt.

Wir werden uns gemeinsam weiterhin für eine neutrale und souveräne Schweiz einsetzen und zwar mit klaren und überzeugenden Argumenten.

Karl Bachmann, Kroatien
SVP International Mitglied

VARIA:

Erinnerungen:

Generalversammlung SVP International

Am 22. August 2008 um 20:30 Uhr findet im Restaurant St-Léonard Fribourg im Rahmen des Auslandschweizerkongresses die Generalversammlung der SVP International statt. Wir bitten Sie, uns eine allfällige Teilnahme bis spätestens 8. August 2008 zu melden.

Auslandschweizerkongress

Die SVP wird wie jedes Jahr am Auslandschweizerkongress mit einem Stand und mehreren Vertretern der SVP Schweiz anwesend sein. Informationen und Anmeldemöglichkeiten zum Auslandschweizerkongress, welcher vom 22.-24. August 2008 in Fribourg stattfindet, finden Sie auf der Website der Auslandschweizerorganisation unter:

<http://www.aso.ch/de/angebote/auslandschweizer-kongress/2008>

SVP-Delegiertenversammlung

Die nächste Delegiertenversammlung der SVP Schweiz findet statt am:

4. Oktober 2008 im Jura

Es sind noch einige Delegiertenkarten der SVP International frei. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.